

Dieses Blatt erscheint in der Woche  
zwölfmal.

Abonnements-Preis:  
vierteljährlich für Berlin 7 M 50 Pf.,  
für ganz Preussen, das übrige  
Deutschland und ganz Oester-  
reich 9 M.

Insertions-Gebühr:  
die viergespaltene Zeile 40 Pf.

Alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure und unsere Expedition nehmen Bestellungen an.

Als Gratis-Beilagen erscheinen  
ausser anderen  
tabellarischen Uebersichten  
eine Zusammenstellung  
aller Submissionen,  
Allgemeine Verloosungs-Tabellen  
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pf.

# Berliner Börsen-Zeitung.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

## Telegraphische Depeschen.

**Glasgow,** 12. Januar, Vormittags 11 Uhr  
10 Min. (C. T. C.) Rheisen. Mixed numbers  
warrants 42 sb. 3 d.

**Frankfurt a. M.,** 12. Januar. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Die hiesigen Morgenblätter veröffentlichen eine Erklärung der Verwaltung der Hessischen Ludwigsbahn als Antwort auf die jüngst ergangene Replik der Königlich Preussischen Eisenbahn-Verwaltung. Die Hessische Ludwigsbahn garantiert danach den Versendern bei Benutzung ihrer Linien ausdrücklich die unerhöhten bisherigen Frachten bei schleunigster Beförderung und erklärt überdies, es bestehe kein Recht, das Anerbieten, die seitherigen Frachten zu belassen, für Preussen unwirksam zu machen.

**Strelitz,** 12. Januar. (C. T. C.) Gegenüber der über die Dahmer Zuckerfabrik umlaufenden Nachricht bemerkt die „Mecklenb. Zeitung“, dass von einer Beschäftigung einer Zahlungsverlegenheit gar keine Rede sein könne, die Fabrik sei keine eingetragene Genossenschaft, sondern eine Actiengesellschaft, deren Actien nicht begeben seien, sondern sich heute noch in festen Händen befinden. Das Institut sei mit einer Schuld, die eine Zahlungsverlegenheit bereiten könne, gar nicht belastet; die einzige auf der Fabrik lastende Schuld bestehe in einer unkündbaren Anleihe von annoch 948 000 M. Dividenden seien überhaupt nicht verteilt worden, vielmehr hätte man die nicht unbeträchtlichen Ueberschüsse zu Abschreibungen und Rückzahlungen verwendet. Im letzten Rechnungsjahre habe die Zuckerfabrik Dahmen einen Reingewinn von 162 341 M 90 Pf. gehabt.

**Bremen,** 12. Januar. (C. T. C.) Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Main“ ist am 10. d., Vormittags, in New-York eingetroffen.

**London,** 11. Januar. (C. T. C.) Der „Observer“ meldet, der Botschafter Graf Münster hat sich gestern nach Sandringham begeben, um dem ältesten Sohne des Prinzen von Wales anlässlich seiner Mündigkeitserklärung den schwarzen Adlerorden zu überreichen.

**London,** 11. Januar, Abends. (C. T. C.) Eine Depesche General Wolseley's aus Korti von heute meldet, es sei ein unter dem 28. v. M. aus Khartum abgegangenes Bote eingetroffen, derselbe bringe General Gordon und seine Truppen bei sich, Gordon's Dampfer hätten zur Verproviantirung der Stadt Vieh und Getreide aus dem Norden beschafft.

**London,** 12. Januar. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Die vorgestrige New-Yorker Börse war fest. Illinois Central Shares 121,00, Chicago Milwaukee & St. Paul Shares 75-Canada Southern Shares 30,00, New-York Ontario & West. ordin. Shares 12, Northern Pacific common Shares 16 3/4, Denver & Rio Grand Shares 8, 7 1/2 Denver & Rio Grand cons. Bonds 47, Erie Second Mortgage Bonds 58 3/4.

**London,** 12. Januar. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) An vorgestriger New-Yorker Börse notirten: Northern Pacific preferred 40, I. Mortgage 101, Oregon Railway 73, Chicago Burlington and Quincy 119 1/4.

**London,** 12. Januar, Morgens. (C. T. C.) Alle Zeitungen sprechen sich zustimmend zu den Erklärungen des Fürsten Bismarck in der Sitzung des Reichstages vom Sonntabend aus. Die „Times“ sagen, sie beilegen sich, das richtige Gefühl und den guten Sinn dieser Erklärungen hervorzuheben. Das einzelne delikate Fragen zwischen England und Deutschland entstehen könnten, sei wohl möglich, doch liege kein Anlass zu ernstlichen Missverständnissen vor. England sei verpflichtet die legitimen Rechte der übrigen Mächte zur colonialen Ausdehnung zu achten. In Europa habe England Deutschland stets als eine grosse Sicherheit für den Weltfrieden angesehen. Ebenso liege auch in der Entfaltung von Colonisations-

Unternehmungen seitens Deutschlands kein Anlass zu Beunruhigungen. Der „Standard“ sagt, mit Deutschland deshalb zu streiten, weil es genommen habe, was England hätte vor ihm nehmen können, sei lächerlich. Nichts sei einer grossen Nation unwürdiger als vague unpraktische Eifersüchteleien. „Daily News“ sagen, so weit sie sehen, habe die Deutsche Colonialpolitik überall der unverständigen Politik, welche sie zuerst in England erregt habe, den Boden entzogen.

**Rom,** 10. Januar, Abends. (C. T. C.) Der Senat begann heute die Berathung des Gesetzentwurfs über die gesundheitlichen Maassnahmen für Neapel. — Dem „Moniteur de Rome“ zufolge treffen Ende dieses Monats mehrere Französische Bischöfe hier ein. — Die Journale „Stampa“, „Diritto“ und „Fanfulla“ bestätigen das Dementi der „Agenzia Stefani“ betreffs der Meldung des „Esereito“ von der Ausrüstung der in Spezia disponiblen Schiffe, die „Stampa“ erklärt sich ausdrücklich dazu ermächtigt, die Meldung des „Esereito“ für unbegründet zu erklären, und warnt vor derartigen Sensationsnachrichten.

**Rom,** 11. Januar. (C. T. C.) Der Zusammentritt der lateinischen Münzconferenz ist zum 15. April verschoben. — Der Capitain Cecchi wird sich dem Vernehmen nach den nach Assab bestimmten Truppen anschliessen und, nachdem die Garnison in Assab angeschifft sein wird, mit dem „Garibaldi“ und dem „Amerigo Vespucci“ nach dem Congo gehen.

**Rom,** 11. Januar, Abends. (C. T. C.) Der Senat hat heute den Gesetzentwurf über die gesundheitlichen Maassnahmen für Neapel mit 96 gegen 21 Stimmen angenommen.

**Rom,** 11. Januar, Abends. (C. T. C.) Die „Rassegna“ sagt, die kleine Expedition nach Assab bezwecke lediglich, die Erforschung und Bestrafung der Mörder Bianchi's und seiner Gefährten zu erleichtern und die Oertlichkeiten zu studiren für den Fall, dass eine Expedition in das Innere des Landes nothwendig werden sollte. Die Expedition nach dem Congo sei bis jetzt suspendirt worden, weil man den „Garibaldi“ und „Vespucci“ zum Transport von Truppen zwischen Assab und Aden verwenden wolle. Der „Dulio“, sowie andere von Zeitungen genannte Schiffe würden gegen Ende des Frühjahrs armirt werden, um für die im Sommer stattfindenden grossen Manöver zu einem Geschwader zusammenzutreten.

**Petersburg,** 11. Januar. (C. T. C.) Die Akademie der Wissenschaften hat Geheimrath Dr. Koch in Berlin und Professor Pasteur in Paris zu correspondirenden Mitgliedern ernannt. — Dem „Journal de St. Petersbourg“ zufolge sollen die der Reichsbank behufs Deckung der in diesem Jahre von dem Reichsschatzamt an die Reichsbank für temporär emittirte Creditbilletts abzutragenden Schulquote von 50 Millionen übergebenen neuen Renten vorläufig nicht auf den Markt gebracht werden.

**Athen,** 11. Januar. (C. T. C.) Telegramm der „Agence Havas“. Meric, Vertreter des Comptoir d'Escompte in Paris ist hier angekommen, um wegen einer Coession für von Athen nach Larissa und von Korinth nach Kalamata zu erbauende Eisenbahnen zu verhandeln.

**Konstantinopel,** 10. Januar. (C. T. C.) Wie verlautet, wird Hassan Fehmi Pascha, der, wie bereits gemeldet, heute seine Reise nach London antritt, auf der Rückreise mehrere Tage in Paris verweilen. Derselbe würde sodann auch nach Berlin und Wien gehen.

**New-York,** 11. Januar. (C. T. C.) Der Werth der Waareneinfuhr in letzter Woche betrug 8 774 000 Dollars, davon entfallen 2 668 000 Doll. auf Manufacturwaaren.

**Mexiko,** 10. Januar. (C. T. C.) (Telegramm des „Reuter'schen Bureau's“.) Die Regierung modificirte die Stempelsteuern und Waarensteuern in einer den Handelsstand befriedigenden Weise.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

**Berlin, den 12. Januar.**

— Deutscher Reichstag. 22. Sitzung vom 12. Januar.

Am Tische des Bundesraths: Bronsart von Schellendorff.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Etats der Verwaltung des Reichsheeres auf Grund des Berichts der Budgetcommission.

Die Berathung wird bei Antrag 16 der Commission aufgenommen, welcher lautet:

1. eine Revision der Rationsbezüge im Sinne einer Verminderung derselben vorzunehmen,
2. in Erwägung zu ziehen, ob es nicht zweckmässig erscheint, an Stelle des Bezugs von Rationen einen Ansatz von Pferdehaltungsgeldern beziehungsweise Fuhrkostenentschädigungen für Officiere und Beamte treten zu lassen, mit der Maassgabe, dass für jede Stelle bestimmt wird, wie viele Pferde der Empfänger von Pferdehaltungsgeldern mindestens zu halten hat und dass für Pferde-Manuevements ein entsprechender Geldabzug stattfindet.
3. Dem Reichstage bis zur nächsten Session das Resultat der Erwägungen vorzulegen.

Abg. Richter: Der vorliegende Antrag involvirt die Ablehnung meines in erster Berathung gestellten Antrages; der erste Passus des Commissionsantrages erkennt jedoch das Princip meines Antrages an und so werden meine politischen Freunde denn auch dafür stimmend. Da gegen können wir uns mit dem zweiten Passus nicht einverstanden erklären, da wir hier die klare Formulirung vermissen, wodurch allein eine finanzielle Verminderung erzielt werden könnte. Sollte daher der zweite Passus angenommen werden, so würden wir gegen die ganze Resolution stimmen müssen.

Kriegsminister v. Schellendorff: Es ist unrichtig, davon auszugehen, dass durch die neuen Verkehrsmittel die Rationenausgaben seitens der Officiere verwendet werden. Die Sache liegt nämlich nach wie vor so, dass nur bei Eisenbahnfahrten von mehr als drei Meilen die Officiere eine Entschädigung erhalten.

Abg. Frhr. v. Huene: Der Commissionsantrag hat allein den Zweck, für das nächste Jahr nur genügendes Material zu eingehender Prüfung der Sachlage zu verschaffen. Eine Discussion über die Grundsätze, nach denen bei der Rationvertheilung zu verfahren ist, werden wir also auch bis zu jenem Zeitpunkte verschieben müssen. Die Discussion wird geschlossen und die Resolution gegen die Stimmen der freisinnigen Partei angenommen.

Cap. 14 Kriegsministerium Tit. 4 fordert für die militärärztlichen Ministerialräthe 31 800 M.

Die Commission, Referent Abg. v. Köller, beantragt nur 30 300 M zu bewilligen und zwar: dem Generalstabsarzt der Armee die geforderten 300 M Dienstzulage nicht zu gewähren und den 2 Oberstabsärzten I Klasse statt je 5400 M nur 4800 M Gehalt, dagegen statt 900 M Dienstzulage 1200 M zu gewähren.

Kriegsminister v. Schellendorff: Ich möchte Sie doch bitten, die Etatsforderung zu bewilligen. Es sind Gründe der Billigkeit, die dafür sprechen; die dem Generalstabsarzt und den Oberstabsärzten I Klasse in den übrigen militairischen Ressorts analogen Officierstellen sind weit höher dotirt als die Commission sich für diese Stellen bewilligen will.

Abg. Richter: Meine Partei ist principiell der Erhöhung nicht abgeneigt. Da aber einer der beiden Oberstabsärzte nebenbei noch ein Hofamt bekleidet und sich dadurch vielfach Vertretung röhig macht, so scheint der gegenwärtige Zeitpunkt doch zu einer Erhöhung nicht geeignet. Was den Generalstabsarzt betrifft, so erhält er doch ausserdem noch eine Dienstzulage von 1500 M als Director der militairärztlichen Bildungsanstalten, für eine Function also, die ihm nicht in Anspruch nehmen dürfte. Der Antrag der Commission erscheint mir also durchaus berechtigt.

Abg. Frhr. v. Huene: Die Forderung des Herrn Kriegsministers, dass die Oberstabsärzte im Gehalte den Oberstabsofficieren gleichgestellt werden müssten, ist keineswegs berechtigt, da die Oberstabsärzte doch auch ausserdienstlich praktizieren und dadurch weitere Einkünfte haben.